

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe Mai 2017

Dringend gebraucht: bezahlbarer Wohnraum

*München platzt aus allen Nähten ...
Pendler*innen stehen täglich im Stau*
ist heute immer wieder zu hören.

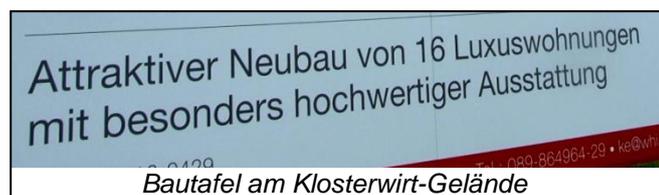
Und es geht noch weiter:

Die Prognosen sind alarmierend: Sie sagen einen Bevölkerungszuwachs in der Region München von zusätzlich 400.000 Einwohnern bis zum Jahr 2035 voraus.

Hierin zeigt sich das Ergebnis einer fehlgeleiteten Struktur-Politik der bayrischen Staatsregierung, die einseitig die Metropolregionen fördert und dafür die ländlichen Regionen aushungern lässt. Die Folge sind weitere Abwanderungen, Wohnungsleerstand, Verödung auf der einen Seite und ausufernde Siedlungspolitik mit dem bekannten Siedlungsbrei rund um München.

Aber anstatt diese Entwicklung zu kritisieren, wird oft nur noch stereotyp in den Umlandgemeinden gefordert: wir brauchen Wohnbauland, Gewerbeparks, Straßenausbau.

Orte wie Grafrath und Kottgeisering können die Wohnprobleme von München nicht lösen.



Es fehlt nicht in erster Linie der Wohnraum, sondern bezahlbarer Wohnraum. Die versprochenen Instrumente wie die Mietpreisbremse haben nicht gewirkt. Und der soziale Wohnbau wurde in den letzten 15 Jahren immer mehr reduziert, von 3 Mrd. Euro auf jetzt 1 Mrd. Euro jährlich bundesweit. Die Folgen waren absehbar. So ist der Bestand an Sozialwohnungen in dieser Zeit von 2,5 Mio auf ca. 1,0 Mio zurückgegangen.

Hinzu kommt, dass pro Einwohner*in immer mehr Wohnraum beansprucht wird.

Es ist aber auch verständlich, wenn zum Beispiel ältere alleinstehende Mieter*innen bei den heutigen Mietpreisen nicht aus der großen, noch günstigen Mietwohnung ausziehen wollen. Auch in unseren Orten ist das Problem bekannt: Sind die Kinder aus dem Haus, leben ältere Menschen in zu großen Häusern. Sie möchten aber vor Ort bleiben. Das Angebot an altersgerechten Wohnungen ist aber kaum vorhanden. Erste Initiativen auch auf dem Land (z.B. Schondorf) versuchen es - wie z.B. mit dem Konzept "Wohnen für Hilfe" mit sog. Wohnpatenschaften: Ältere Menschen stellen freien Wohnraum zur Verfügung für jüngere Menschen, die dafür Hilfe im Haushalt, Garten etc. leisten.

Nun wird versucht, mit sogenannten Einheimischen-Modellen vergünstigtes Bauland bereitzustellen. Hier von profitieren aber nur diejenigen, die für ein Eigenheim die Finanzmittel aufbringen können. Wer auf Grund geringen Einkommens oder Rente auf günstigen Miet-Wohnraum angewiesen ist, hat davon nichts.

"Soziale Bodennutzung" - die Gemeinden können günstigen Wohnraum schaffen

Deshalb muss die Gemeinde hier mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vorsorgen. Ein wirkungsvolles Instrument ist die "soziale Bodennutzung". Dabei kommt bei neuen Ausweisungen von Bauland ein Teil der Bauland-Wertsteigerung (ca. 40-50 %) der Gemeinde für die Bereitstellung von sozialem Wohnraum und für Aufwendungen der Infrastruktur zugute. Deshalb haben wir dazu in Grafrath einen entsprechenden Antrag gestellt (siehe <http://www.gruene-grafrath.de/>). Außerdem wollen wir am Beispiel des für eine Bebauung in Frage kommenden Grundstücks an der Villenstr. Nord (ehemals Märchenwald) zeigen, welche Möglichkeiten wir uns vorstellen.

**Einladung zum öffentlichen Stammtisch der GRÜNEN:
Mittwoch, 31. Mai, 20 Uhr Dampfschiff Grafrath**

So könnte es aussehen:

Kostengünstiger Wohnraum auf dem östlichen Märchenwaldgelände in Grafrath

Für das Grundstück des ehemaligen Märchenwald-Geländes an der Villenstr. Nord ist u.a. eine Wohnbebauung angedacht. So laufen auch Verhandlungen für einen kostengünstigen Erwerb eines Teils des Märchenwaldgeländes durch die Gemeinde.

Kostengünstiger Wohnbau: gemeinschaftliches Wohnen für jung und alt

Unter kostengünstigem Wohnungsbau soll hier nicht verstanden werden, soziale Standards wegzulassen oder minderwertig zu bauen. Damit wird verhindert, dass solche Bauten in den Folgejahrzehnten wieder an zeitgemäße Standards angepasst werden müssen oder Quartiere geschaffen werden, die irgendwann Ausgrenzungsgänge hervorrufen.

Kostengünstiger Wohnungsbau hat zum einen damit zu tun, die vorhandene Situation, z.B. Erschließung, Baugrund usw. zu analysieren. Daraus sind dann die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Folgende Grundüberlegungen zu den Wohnstandards und Wohnbedürfnissen müssen gemacht werden: Kann auf teure Keller und Tiefgaragen verzichtet werden? Sind die gängigen Grundrisse und Anordnungen der Wohnungen noch zeitgemäß, wie sehen Nachbarschaften aus? Welche Anforderungen stellen wir an Wohnumfelder für Kinder, junge Familien und Senioren? Ist das Einfamilienhaus mit 500 m² Grund und Abstandsflächen rings ums Haus immer noch das Erstrebenswerte, selbst wenn es bezahlbar ist?

Für das östliche Märchenwaldgrundstück könnte man sich Folgendes vorstellen:

Eine verkehrsberuhigte Erschließungsstraße führt zu einem Parkhof. Über den Parkgaragen, etwa auf Höhe der Moorenweiser Straße könnte ein Heizhaus mit BHKW und Hackschnitzelversorgung errichtet werden.

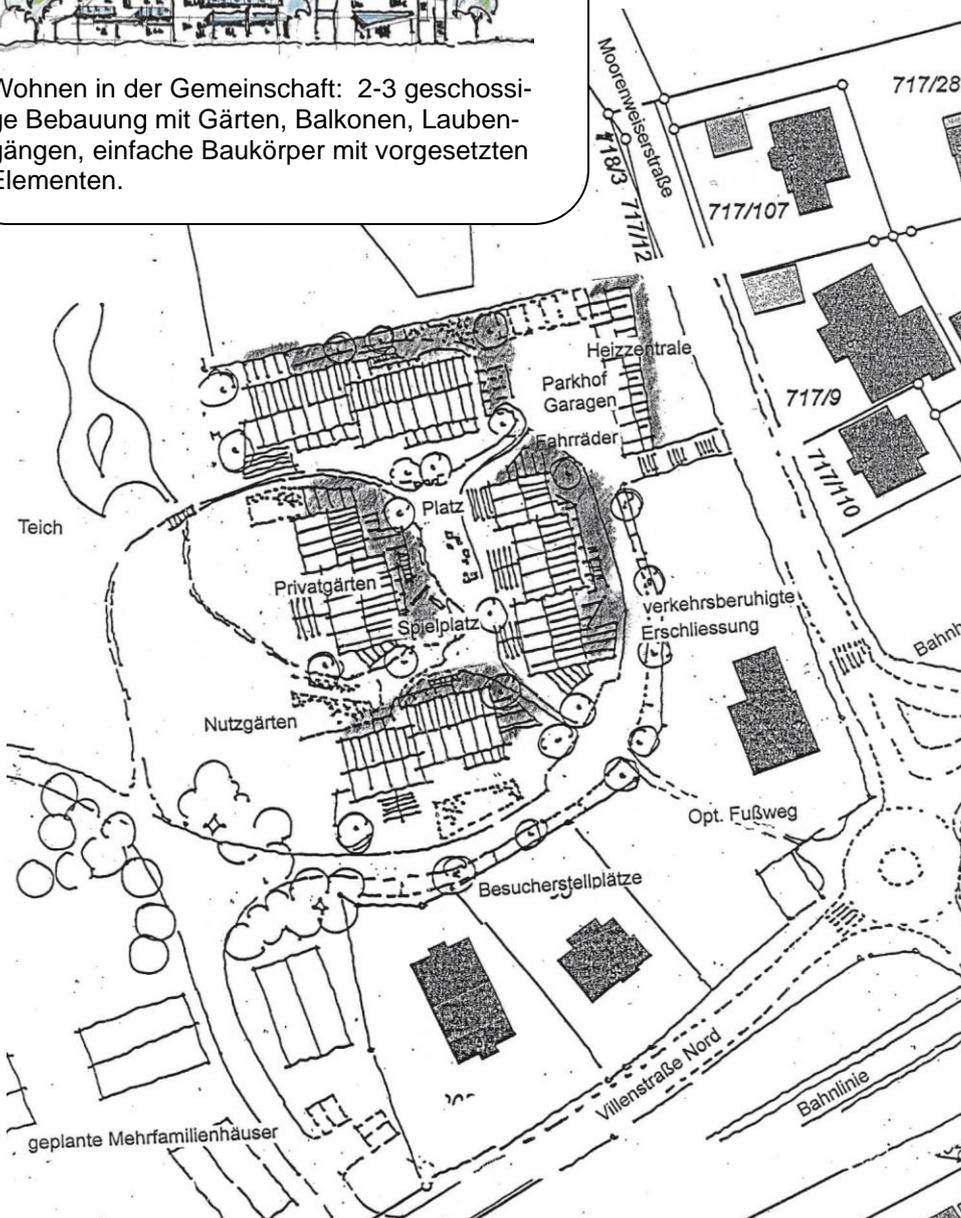
Das Innere der Wohnanlage wäre verkehrsfrei, mit dem geplanten Fußwegenetz und den Benutzungsmöglichkeiten auf der verkehrsberuhigten Straße und dem Parkhof ergäbe sich auch ein vielfältig nutzbarer Spielbereich für Kinder. Ergänzt würde ein Kleinkinderspielbereich im Innenhof. Die Anordnung der Gebäude um einen Innenhof schafft Begegnungsmöglichkeiten für Groß und Klein. Gemeinschaftsgärten könnten die Freude am Gärtnern mit Kindern fördern.

Eine soziale Mischung der künftigen Bewohner*innen wäre ein erstrebenswertes Ziel, wobei neben Mietwohnungen, z.B. im Eigentum der Gemeinde auch Eigentumswohnungen für entsprechende Grafrather Käuferschichten ebenso möglich sein könnten, z.B. für die oft angesprochenen „Umsteiger von großen Familienhäusern“ auf altersgerechte Wohnungen in der Gemeinschaft.

Überschlägig könnten auf dem Gelände ca 2 500 - 3000 m² Bruttogeschossfläche errichtet werden, was ungefähr zwischen 1800 m² und 2 300 m² Wohnfläche oder 25 - 30 Wohneinheiten unterschiedlicher Größe entsprechen würde. Eine Realisierung in Abschnitten ist denkbar.



Wohnen in der Gemeinschaft: 2-3 geschossige Bebauung mit Gärten, Balkonen, Laubengängen, einfache Baukörper mit vorgesetzten Elementen.



Kottgeisering - das Dorf der Eigenheime?

Was die Ablehnung eines Seniorenwohnprojekts bedeutet

Wohnraum schaffen wollte auch eine Gruppe Kottgeiserings älterer Mitbürger*innen. Seit einigen Jahren reifte der Wunsch und die Idee, auch am Ort bleiben zu wollen, wenn das eigene Häuschen für den Bedarf und die Möglichkeiten es im Alter zu versorgen zu groß geworden ist. Da es aber in Dörfern wie Kottgeisering kaum Wohnungsangebote gibt und diese, wo vorhanden, kaum altersgerecht, suchte man nach Alternativen.

Die Idee: 22 bezahlbare Alterswohnungen



"Filetgrundstück" zu schade für Seniorenprojekt?

Die Idee eines Seniorenwohnprojekts war geboren. In Form einer Genossenschaft sollte ein Gebäudekomplex mit 22 Wohneinheiten entstehen. Nicht als Eigentümer, sondern als Genossenschaftsanteil sollte man das Recht und die Möglichkeit bekommen, im Alter gemeinsam und vor Ort wohnen bleiben zu können. Bisher genutzte Immobilien wären wieder für die jüngere Generation, für junge Familien frei. Der genossenschaftliche Gedanke und die Möglichkeit, ein Grundstück auf Erbpachtrecht von der Gemeinde zu erhalten waren die wichtigsten Eckpfeiler, damit eine möglichst breite Schicht sich diese Option auch leisten kann. Die wirtschaftlichen Lasten von Grundstückserwerb, Planung und Errichtung wären damit auch auf

kommende Generationen verteilt. Gleichzeitig hätte dies für die Gemeinde keinen finanziellen Nachteil gebracht, da der Erbpachtzins marktangemessen und auch zukünftig angepasst worden wäre. Es würde also nichts „verschenkt“.

Die Idee fiel auch im Gemeinderat zunächst auf fruchtbaren Boden. Interessanterweise schwand die Zustimmung aber mit fortschreitender Konkretisierung der Planung, bis es für die Verpachtung des vorgesehenen Grundstücks keine Mehrheit im Gemeinderat mehr gab.

Gründe für die Ablehnung

Die Gründe für die Ablehnung waren diffus: Man glaube nicht, dass der Wirtschaftsplan stand halte, das „Filetgrundstück“ der Gemeinde werde willkürlich an eine Gruppe gegeben und wäre für andere Nutzungen dann weg, Dorffest und Feuerwehr müssten sich verlegen oder einschränken. Kurz gesagt: Als es konkret wurde, war es nicht mehr gewollt. Warum, war dabei nicht so klar. In Nebengesprächen wurde aber deutlich, dass eine große Neidkomponente im Spiel war. Viele Bürger*innen glaubten, das Grundstück sollte „verschenkt“ werden. Man hörte Sätze wie: Warum kriegen die, dieses Grundstück und warum nicht zum Beispiel die Jungen?

Unser Platz reicht nicht aus ...

Wohnraumschaffung im Großraum München wird auch in den zukünftigen Jahren eine Herausforderung besonderer Art sein. Unser Platz reicht nicht aus, um reflexhaft einfach immer neues Bauland auszuweisen. Dann sind wir bald vollversiegelt im Umland Münchens.

Verschiedene kreative Lösungen sind gefragt. Kottgeisering hat gerade eine davon verschenkt.

Schulsanierung Grafrath - ein Beitrag zum Klimaschutz



knapp 100 KW Leistung errichtet. Der erzeugte Strom entspricht dem Verbrauch von ca. 30 Haushalten. In Kürze werden auch noch die Fenster erneuert und eine energiesparende Lüftung für Hallenbad und Turnhalle eingebaut. Abgerundet wird die Sanierung mit Verbesserungen an der Fassade und im Dachbereich des Hallenbades.

Aber auch die Schule selbst mit dem engagierten Team aus Schüler*innen, Lehrer*innen und Hausmeister hat in den letzten 10 Jahren einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Mit dem sogenannten Projekt fifty-fifty wird das Energiesparen beim Strom belohnt. Die Schule erhält die Hälfte der Einsparungen. So ist es gelungen, im Laufe der Jahre den Stromverbrauch der Schule um über 30 % zu senken!

Von außen ist kaum sichtbar, was schon im letzten Jahr begonnen hat: umfangreiche Sanierungsarbeiten an der Schule und am Hallenbad. Ein Schwerpunkt ist dabei die sogenannte energetische Sanierung. Angefangen vom Einbau eines neuen Heizsystems: Ein Holz-Pellets-Heizung liefert die Wärme und hilft so beim Einsparen von Kohlendioxid (CO₂), hinzu kommt eine Solarthermie-Anlage, die vor allem warmes Schwimmbadwasser erzeugt. Bei extremer Kälte steht ein Gas-Kessel bereit, der die Spitzenlast abdeckt. Demnächst wird auf dem Dach der Grundschule eine Photovoltaik-Anlage mit

Der neue Supermarkt in Grafrath: Eine Planung für die grüne Wiese ...

- versetzt an unsere Hauptstraße

Bei den letzten beiden Planungen für den Supermarkt, Modell EDEKA mit Planungsinvestor Schwarz versus REWE-Modell mit Investor Sedlmeier rang der Gemeinderat noch mit Gestaltungsfragen des Gebäudes und Aufenthaltscharakter für die Bevölkerung an der Hauptstraße. Nun scheint der Gemeinderat mit großer Mehrheit „die Lösung“ mit Feneberg und Sedlmeier gefunden zu haben. Feneberg ist ein Lebensmittelhändler aus dem Allgäu, bei deren Besichtigung die Gemeinderäte vollstes Zutrauen hatten. Laut Feneberg muss ein richtiger Laden und der Geschäftsablauf so aussehen: An der Hauptstraße die Parkplätze und in der Tiefe der Laden, kurze Wege vom Parkplatz zum Laden.

Hauptzugang durch die Parkplatzreihen. Kinder und Fahrradfahrer*innen können sehen, wo sie bleiben. Es ist die Planung, die wir von jeher von den Gewerbegebieten, sei es Aldi, Lidl oder sonst wer, kennen.

Wir meinen, für eine Planung im Ort, an der Hauptstraße, müssen andere Kriterien herangezogen werden. Dies wurde auch bei früheren Planungen hierzu ausgiebig diskutiert: Fußgänger- und Fahrradfreundlichkeit, Platz für Fahrräder mit sicherem Zugang in

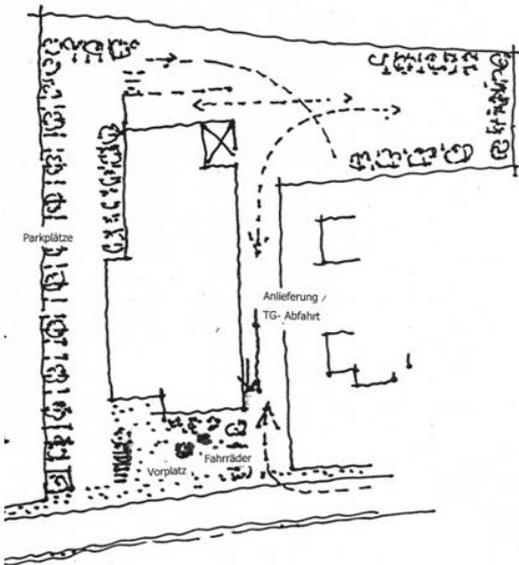
den Laden, Platz zum Zusammentreffen, Ratschen, eventuell ein Tagescafe. Dieser Platz sollte einsichtig an der Straße liegen und nicht hinter Parkplatzreihen versteckt sein. So wäre der Bau an die bestehenden Baufluchten an der Straße angepasst, Gestaltung und Baukörper würden sich in die Umgebung besser einfügen.

Die vorliegende Planung lässt leider alles vermissen.

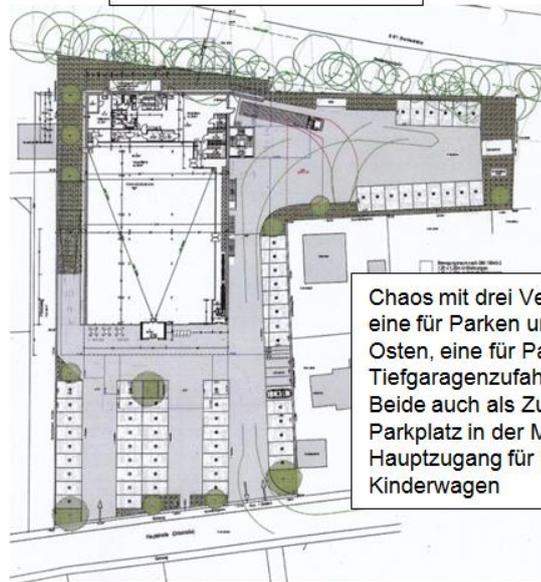
Dabei wäre es relativ einfach, die Aufgabe durch die Verschiebung von Baukörper und Parkplätzen anders zu lösen. Die angeführte Skizze stellt einen alternativen Ansatz auf Basis gleicher Nutzungsf lächen und des angebotenen Entwurfsschemas dar. Er hat keinen Anspruch auf Endgültigkeit. Wir wollen damit aber deutlich machen, dass sowohl die Anordnung der Parkplätze als auch eine leichtere Gebäudegestaltung zu einem besseren Ergebnis führen könnte.

Allerdings, Feneberg wäre vermutlich nicht von sich aus dazu bereit, müsste durch einen klaren Gestaltungswillen der Gemeinde überzeugt werden, dass die Planungshoheit im Ort von der Gemeinde und nicht von einem Marktbetreiber ausgeht.

So könnte es aussehen:
Vorplatz zum verweilen statt Parkplatz-Wüste



Aktuelle Planung



Chaos mit drei Verkehrsachsen: eine für Parken und Anlieferung im Osten, eine für Parken und Tiefgaragenzufahrt im Westen. Beide auch als Zubringer für den Parkplatz in der Mitte, dem Hauptzugang für Fußgänger und Kinderwagen

Ansicht von der Hauptstraße



So könnte es aussehen



Aktuelle Planung

In den nächsten Monaten wird für den geplanten Supermarkt ein Bebauungsplan erstellt.

Alle Bürger*innen können dann dazu Vorschläge und Einwendungen vorbringen.

Einkaufen in Kottgeisering - Was ist möglich?

Nachdem sich im Juli letzten Jahres bekanntlich die Mehrheit der Kottgeiseringer Bürgerinnen und Bürger gegen die Ansiedlung eines Netto Markts in Ortsrandlage ausgesprochen hatte, war aber noch nicht geklärt, wie es im Ort mit der Nahversorgung weiter gehen kann.



Die Spaltung der Bürgerschaft, die sich schon im Umstand zeigte, dass es parallel zwei Bürgerentscheide zum gleichen Thema mit ziemlich gegensätzlichen Forderungen gab, spiegelte sich auch in einer anschließenden, vom Gemeinderat beauftragten Umfrage zum Versorgungsbedarf wieder.

Zwar wünschten sich 77% der an der Umfrage Beteiligten eine Verbesserung der örtlichen Versorgungssituation, doch wie diese Verbesserung aussehen sollte – da waren sich die Leute nicht mehr so einig. 38% wünschten sich einen Dorfladen, 33% einen Supermarkt. 29% wären mit der Erweiterung des Wochenmarkts zufrieden und 18% hätten gerne einen Discounter vor Ort (Mehrfachnennung war möglich).

Auf dieser unsicheren Grundlage konnte sich der Gemeinderat noch nicht dazu durchringen, den nächsten Schritt der Standortsuche für einen Dorfladen zu beauftragen. Stattdessen gründete sich ein Arbeitskreis, der von interessierten Bürger*innen und Gemeinde-

rät*innen getragen wird. Dieser Arbeitskreis stellt sich die Aufgabe, möglichst unvoreingenommen alle Möglichkeiten der Verbesserung der Versorgungssituation vor Ort zu durchleuchten. Es soll geprüft werden, was in Kottgeisering überhaupt realisierbar ist und was von den Bürger*innen auch ausreichend angenommen werden könnte. Dieser Prozess ist nach wie vor in Gange, hat aber bereits einiges erreicht.

Erster Schritt: Wiedebelebung des Wochenmarkts

Dank dem Engagement des Arbeitskreises konnte der Wochenmarkt wieder belebt werden. Eine weitere Verbesserung ist angestrebt, u.U. verknüpft mit einem Liefersystem. Nachdem verschiedenste Recherchen und Anfragen gezeigt haben, dass wohl kein Supermarktbetreiber den Standort Kottgeisering als attraktiv genug betrachtet, um sich dort anzusiedeln, wird die Variante Dorfladen genauer untersucht. Nach Vorarbeiten aus dem Arbeitskreis und entsprechender Empfehlung wurde nun doch die Firma NewWay mit der Standortprüfung beauftragt.

Zwischenergebnisse werden an einem geselligen Abend rund ums Thema „Lebensmittelpunkt Kottgeisering“ (Dorf und Nahversorgung) am Freitag, den 26. 05. 2017 um 20 Uhr im Sportlerheim Kottgeisering vorgestellt. Zudem gibt es dort einen Vortrag von Herrn Martin Wölz Müller vom Bayerischen Landesverband für Heimatpflege e.V. zum Thema: Mitten im Dorf: Lebensraum Innenort. Ob es einen solchen auch zukünftig in Kottgeisering geben wird, hängt nicht zuletzt vom Interesse und Einkaufsverhalten der Kottgeiseringer Bürgerinnen und Bürger ab.

Mitmachen beim Stadtradeln vom 25.6. bis 15.7. für ein besseres Klima

Jeder Kilometer zählt im Wettbewerb der Städte und Gemeinden.
Weitere Infos: www.stadtradeln.de

Dauerthema B471: Viel Lärm und heiße Luft

Im letzten Jahr geisterten so manche Straßenausbaupläne durch die örtliche Presse: vierspuriger Ausbau der B471 von Olching bis Buchenau, ein Tunnel durch ganz Grafrath..... Ob diese Projekte in den nächsten 20 Jahren oder überhaupt realisiert werden, muss angesichts der dringend benötigten Gelder für den Bestandserhalt der vorhandenen Straßen bezweifelt werden. Ein vierspuriger Ausbau der B471 bringt außerdem immer mehr Verkehr durch den Ort und wurde auch vom Grafrather Gemeinderat abgelehnt.

Wir sehen vordringlich Handlungsbedarf für folgende Maßnahmen:

- Den Verkehr, insbesondere den LKW-Verkehr zurückzudrängen. Dazu zählt für uns, dass für die B471 nicht nur eine LKW-Maut eingeführt wird, sondern zusätzlich ein LKW-Nachfahrverbot gilt.
- Auf der B471 muss für die Ortsdurchfahrt von Marthashofen bis zur Rassosiedlung Tempo 50 gelten. Die gefährliche Strecke nach Schöngeising benötigt ein Überholverbot und eine Tempo-80-Beschränkung.
- Für den Fuß- und Radverkehr brauchen wir eine sichere Amperüberquerung.



Abgehängt? - Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel muss dringend mehr gefördert werden

Verkehrsprobleme in der Münchner Region: Staus, gesundheitsgefährdende Feinstaub-Belastung, zunehmender Verkehrslärm und nicht zuletzt der Klimabelastende CO₂-Ausstoß machen die Grenzen des Individualverkehrs für uns alle unübersehbar.

Wer, wie Bundesverkehrs-Minister Dobrindt, meint, das Problem kann mit einem Weiter-So allein durch Umstieg auf elektrische Antriebe, noch mehr Fahrstreifen auf der Autobahn und "autonomes Fahren" gelöst werden, irrt gewaltig:

- Die CO₂-Bilanz des e-Mobils hängt zwar stark vom Energie-Mix für Strom ab, aber ganz ohne Energie geht es natürlich auch hier nicht.
- Das Problem von Staus und des Platzbedarfs und Flächenverbrauchs durch Straßen und Parkraum ist nicht gelöst.
- Es besteht sogar die Gefahr, dass die Zahl der Autos durch ein schickes e-Mobil als Zweitwagen noch gesteigert wird.

Deshalb ist unstrittig für eine zukunftsfähige Verkehrswende: Öffentliche Verkehrsmittel bilden das Rückgrat. Sie werden ergänzt durch Elektroautos und Fahrräder, wo es Sinn macht.

Umstieg auf die Öffentlichen fördern



Um den Umstieg auf die Öffentlichen attraktiver zu machen, muss massiv in den Schienenverkehr, Busse und alternative Modelle wie eine Stadt-Umland-Bahn investiert werden. Seit Jahren ist aber das Gegenteil der Fall: Strecken werden stillgelegt und Bahnhöfe veröden.

Investitionen in den Öffentlichen Verkehr müssen eine Pflichtausgabe sein und nicht nach Kassenlage hintangestellt werden. Die Bundesregierung hat aber seit 20 Jahren ihre Ausgaben für den öffentlichen Verkehr nicht erhöht.

Jetzt sollen aber knapp 4 Mrd. Euro in ein Großprojekt gesteckt werden, das keine Verbesserungen bringt: Ein Tunnel parallel zur jetzigen Stammstrecke durch München erschließt keine neuen Bahnhöfe und keine neue Anbindung an das U-Bahn-Netz. Mit großem Tamtam wurde am 10. April der erste Spatenstich für den Tunnel gefeiert. Die Gegner*innen des Projekts meldeten sich mit Kundgebungen zu Wort und machten aber klar: Es ist noch nichts in trockenen Tüchern. Denn es gibt eine Alternative zu dem Projekt, die kos-

tengünstiger ist und eine wesentlich bessere Anbindung verspricht: der Ausbau des vorhandenen Südrings.

Tunnelprojekt frisst Mittel für andere Projekte auf

Dieses Großprojekt - falls es gebaut wird - frisst die Finanzmittel für viele andere wichtige Maßnahmen auf: 1,5 Milliarden Euro sollen zur Finanzierung der 2. Stammstrecke aus einem Topf des Bundes kommen. Aus diesem Topf entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sollen jährlich 333 Millionen Euro als Zuschuss für Verkehrsprojekte in allen 16 Bundesländern gezahlt werden. Man braucht nicht gut rechnen zu können um zu sehen, dass andere Projekte darunter leiden werden.

Selbst, wenn die GVFG-Mittel aufgestockt werden und mehr Gelder nach Bayern fließen sollten und sämtliche Bayern zugedachten Gelder in das Projekt zweite Münchner S-Bahn-Röhre gesteckt werden, dann wäre der von der Staatsregierung verkündete Bundesanteil an der Finanzierung erst in etwa zwei Jahrzehnten abfinanziert. Gleichzeitig könnte aber kein einziger Euro in die zahlreichen anderen DB- und kommunalen ÖPNV-Schienenprojekte in Bayern gesteckt werden. Dazu gehören beispielsweise die Verlängerung der S 7 nach Geretsried, der Erdinger Ringschluss und der für uns so wichtige Ausbau des Westarms der S 4.

S4-Ausbau verschleppt



Der viergleisige Ausbau der S4 wurde zwar seit Jahren versprochen, aber immer wieder verschleppt. Der Schienen-Ausbau ist die Voraussetzung für einen durchgängigen 20-Minuten-Takt ab Geltendorf und einen 10-Minuten-Takt ab Buchenau. Bessere Taktzeiten sind nur mit einem Ausbau realisierbar, weil die S4 sich mit dem Fernverkehr aus Zürich/Lindau ein Gleis pro Fahrtrichtung teilen muss. Die Elektrifizierung der Fern-Strecke und die Fertigstellung des Gotthard-Tunnels verschärfen hier das Problem noch. Schon jetzt werden immer wieder durch verspätete Zugüberholungen auf der Strecke Verspätungen in das gesamte Münchner S-Bahn-Netz getragen. Es ist noch nicht zu spät, aber Zeit wird's, ein zweites Stuttgart21 zu verhindern und für einen vernünftigen Ausbau des Schienenverkehrs im Großraum München zu sorgen.

S4-Ausbau jetzt

weitere Information:
[http://www.gruene-grafrath.de/s4 info.htm](http://www.gruene-grafrath.de/s4%20info.htm)

Statt Asyl - rigorose Abschiebepolitik

Die rigorose Abschiebepolitik in Bayern trifft auch die jugendlichen Asylbewerber in Kottgeisering. Von den 6 jungen Männern hat bisher nur einer einen festen Aufenthaltsstatus bekommen. Die anderen haben entweder einen ablehnenden Bescheid erhalten oder hoffen noch auf ein Wunder und den damit verbundenen positiven Bescheid.

Dabei ist es für die Behörde völlig unerheblich, dass ein Teil der jungen Männer in einem festen Ausbildungsverhältnis steht und regelmäßig die Berufsschule besucht. Sie werden dabei nach wie vor mit Nachhilfe-Unterricht unterstützt, um die Schule und die Ausbildung gut zu meistern.

An dieser Stelle befand sich ein Foto mit Stempeln:
Asylantrag – abgelehnt.
Dieses Foto darf wegen ungeklärten Lizenzrechts nicht mehr im Internet gezeigt werden!

Es ist sehr schwer diesen jungen Menschen zu erklären, warum sie wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden sollen. Es trifft auf großes Unverständnis z. B. bei afghanischen Asylbewerbern, wenn sie hören, dass Afghanistan ein sicheres Herkunftsland ist, wo doch jede Woche von Anschlägen auf die afghanische Bevölkerung zu lesen und zu hören ist. So bleibt den jugendlichen Asylbewerbern, ihren Betreuern und den ehrenamtlichen Helfer*innen nur zu

hoffen, dass die Einsprüche gegen die Ablehnung der Asylanträge wirklich geprüft werden und wenigstens für die Dauer der Ausbildung ein Aufenthaltsstatus erteilt wird, wie es eigentlich versprochen wurde.

Afghanistan - kein sicheres Herkunftsland

Ende April wurde am Münchner Flughafen wieder gegen eine Massenabschiebung demonstriert. Mit dem Flug sollten abgelehnte Asylbewerber*innen nach Afghanistan abgeschoben werden.

Die Abschiebungen sind seit längerem umstritten, weil sich in Afghanistan der Konflikt zwischen Regierung und den radikalislamischen Taliban verschärft und es landesweit Gefechte und Anschläge gibt. Das zeigt der jüngste Angriff islamistischer Taliban auf eine Militärbasis mit mindestens 300 Toten und Verletzten. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hatte zu der Abschiebung gesagt, die offizielle Bewertung der Sicherheitslage lasse Rückführungen in gesicherte afghanische Provinzen zu. Von Seiten der Vereinten Nationen gibt es keine abschließende Bewertung, welche afghanischen Provinzen sicher oder unsicher sind.

Obwohl sich die politische Lage in Afghanistan nicht verbessert, werden immer weniger Asylanträge von Afghanen genehmigt, die Anerkennungsquote sank in den letzten 2 Jahren von 78 auf 48 Prozent.

. Es ist zu vermuten, dass die jetzt angewandte rigorose Abschiebungspraxis eher das Resultat politischer Vorgaben aus dem Innenministerium sind und nicht das Ergebnis einer sorgfältigen rechtlichen Prüfung der Einzelfälle. Wir meinen, es ist schäbig, aus politischem Opportunismus vor rechtem Populismus für Stimmen vom rechten Rand das Asylrecht immer weiter auszuhebeln.

Einzelfallprüfung ade?

"Eigentlich würde ich den Menschen über deren Schicksal ich entscheide gern in die Augen gucken."

So zitiert die ZEIT vom 27.4.17 einen Entscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF).

Unternehmensberater haben jetzt das Bundesamt auf Effizienz getrimmt. Die Leidtragenden sind Flüchtlinge und Gerichte. So führt eine Trennung von Anhörung und Entscheidung dazu, dass die Entscheider*innen die Asylsuchenden nicht einmal zu Gesicht bekommen, sondern allein aufgrund von Protokollen nach Aktenlage entscheiden. Ziel ist es, den Berg von Asylanträgen bis Ende Mai abzuarbeiten. So wurde allein 2016 über mehr als 700 000 Anträge zügig entschieden. Das geht aber nicht immer mit rechten Dingen zu. So klagen laut ZEIT Asylanwält*innen und Richter*innen über "oberflächliche Anhörungen" und "erschütternd schlechte Übersetzungen". Sie berichten von Flüchtlingen, die laut Gesetz niemals hätten abgelehnt werden dürfen. Robert Seegmüller, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter sagte der ZEIT: "Wir werden überschüttet mit Klagen gegen das Bundesamt. Das liegt an der hohen Zahl an Entscheidungen, aber mitunter auch an der Qualität der Bescheide."

Der jüngste Fall des vor kurzem verhafteten rechtsextremen Bundeswehroffiziers, der sich als Syrer ausgab und trotz fehlender Arabisch-Kenntnisse als Flüchtling anerkannt wurde, zeigt, dass diese neue Praxis nicht nur unmenschlich sondern auch höchst ineffektiv ist.

Die Amper - Lebensraum für den Biber



Die Spuren am Amperufer sind unverkennbar: Biber haben hier ihr "Zuhause".

In Deutschland wurden sie wegen ihres begehrten Pelzes gejagt und vor 150 Jahren ausgerottet.

Nun konnten sie erfolgreich wieder angesiedelt werden. Da alle Reviere an der Amper inzwischen besetzt sind, wird der Biber-Bestand dort auch nicht weiter wachsen.

Oft gibt es Bedenken, dass Biber durch ihre zum Teil riesigen Baumfällungen größere Schäden anrichten können.

Tatsächlich übernehmen sie heute aber eine wirkungsvolle Aufgabe, wieder naturnahe Lebensräume für viele Pflanzen und Tiere zu schaffen.

Als reine Vegetarier ernähren sie sich im Sommer von Gräsern, Kräutern und Blättern. Im Winter müssen Sie sich hauptsächlich von der Baumrinde ernähren. Als schlechte Kletterer helfen Sie sich mit dem Fällen der Bäume. So besorgen sie sich auch ihr Material für den

Biberbau. Dieser Biberbau in unmittelbarer Nähe zum Wasser kann stolze Ausmaße erreichen und ist unverkennbar auch am Amperufer zu bestaunen.

Der Biber schafft neue Lebensräume für viele Arten von Pflanzen und Tieren

Mit ihrer Baumfällung erfüllen sie z.B. im Auwaldbereich auf natürliche Art die Belichtung, damit neue Pflanzen wachsen. Beliebt sind auf der Speisekarte des Bibers Weichhölzer wie Weide und Pappel. Gefällte Bäume, insbesondere die Weide, entwickeln schnell wieder neue Triebe und so kann der Baumbestand verjüngt werden, das Totholz schafft zusätzlich Lebensraum für Vögel wie Specht und Weidenmeise. Auch Holzstämme und Zweige im Wasser führen dazu, dass sich in Ufernähe neues Leben abspielt und letztendlich sich hier Fische mit Laichplätzen ansiedeln können.

Sollte es der Biber zu doll treiben, so können wertvolle Bäume mit einem Maschendraht ummantelt werden.

Wenn sich der Biber in kleineren Bächen und Teichen ansiedelt, versucht er mit kleineren Dammbauten den Wasserstand zu regulieren, damit der Eingang zu seiner Wohnhöhle oder Burg immer unter Wasser steht. Dadurch entstehende Feuchtgebiete bieten Platz für Libellen etc.

Ein gelungenes Beispiel für ein Miteinander von Mensch und Biber kann man am Vogesweiher in der Nähe der Verbindungsstraße Grafrath-Kottgeisering sehen. Hier kann sich der Biber in seinem Element fühlen. Mit einfachen Mitteln wird verhindert, dass Zu- und Abläufe des Teiches dauerhaft verstopfen, erhaltenswerte Bäume sind geschützt.

Sollte es dennoch zu Konfliktsituationen kommen, können die sogenannten Biberberater über das Landratsamt eingeschaltet werden und entstandene Schäden werden mit Ausgleichszahlungen reguliert.



Der Kahlschlag-Biber ist in Grafrath aktiv

In letzter Zeit ist der Kahlschlag-Biber aufgetaucht. Der Kahlschlag-Biber sitzt meistens in der warmen Amtsstube des Straßenbauamts und im Winter, wenn er nichts zu tun hat, kommt er raus und fällt mit seinen Kettensägezähnen fast den ganzen Baumbestand in Bundesstraßen-Nähe. Er hinterlässt einen Riesenhaufen an Ästen und Gestrüpp, womit er anscheinend aber nichts anfangen kann, denn in dieser Haufen-Burg findet man keine neue Amtsstube. Merke: Während der Amper-Biber berechenbar handelt, ist beim Kahlschlag-Biber ein sinnvolles Handeln meist nicht erkennbar.

Redaktion:

Peter-M.- Kaifler, Roger Struzena, Gabi Golling, Helma Dreher, Elke Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592